NIEDERSCHRIFT StuB/025/2013

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 25.04.2013 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Andreas Groll
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz Becks
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Ralf Flüchter
Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Roman Gerding

Vertretung für Herrn
Thomas Walbaum

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Herr Gerd Mollenhauer
Frau Michaela Besecke
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. 45. Änderung des Flächennutzungsplanes Konzentrationszonen für "Windenergie" der Gemeinde Rosendahl**

hier: Abgabe einer Stellungnahme

Frau Besecke erläutert zunächst, dass es um die Abstimmung der Planung der Gemeinden untereinander gehe. Wenn seitens der Stadt Billerbeck Bedenken erhoben würden, würde der Rat der Gemeinde Rosendahl im Rahmen der Abwägung hierüber entscheiden. Der allgemeine Wunsch nach Erhalt des freien Landschaftsbildes sei kein ausreichender Belang. Wenn auf Rosendahler Gebiet im Landschaftsschutzgebiet eine Konzentrationsfläche ausgewiesen würde, dann wäre hierdurch eine Vorbelastung für ein Windfeld auf Billerbecker Seite gegeben. Vergleichen könne man das mit dem Bereich Osthellermark. Dort handele es sich auch um ein Landschaftsschutzgebiet und es war eine Vorbelastung auf Nottulner Gebiet gegeben.

Herr Knüwer weist darauf hin, dass dieser Vergleich nicht richtig sei. Zwar handele es sich auch um Landschaftsschutzgebiet, hinzu komme aber, dass der Bereich am Risauer Berg im landschaftsökologischen Fachbeitrag als Restriktionszone 2 ausgewiesen sei. Wenn auf Rosendahler Gebiet Windräder gebaut werden, dann rufe das eine Vorbelastung für die angrenzende Fläche auf Billerbecker Gebiet hervor. Es stelle sich doch die Frage, ob diese Vorbelastung hingenommen werden soll. Es handele sich um eine der wenigen freien Flächen in diesem Raum. Bei den vorhandenen umliegenden Windrädern könne man heute schon nicht mehr unterscheiden, ob es sich um ein oder mehrere Windfelder handele. Er beantrage, dass die Stadt Billerbeck in einer Stellungnahme an die Gemeinde Rosendahl Bedenken gegen die Ausweisung erhebt.

Herr Brockamp stellt fest, dass ein vorbelastetes Gebiet ja nicht automatisch bedeute, dass auf angrenzendem Billerbecker Gebiet ebenfalls Windräder entstehen. Er fragt nach, ob es denn sein könne, dass, wenn eine positive Stellungnahme abgeben würde, aufgrund dieser positiven Entscheidung man später auch für ein Windfeld Risauer Berg stimmen müsste, weil der Bereich vorbelastet sei.

Ein Automatismus ergebe sich dadurch nicht, so Frau Besecke. Die Stadt Billerbeck müsse sich ggf. Gedanken machen, ob sie diesen Bereich aufgrund der Vorbelastung aus landschaftsästhetischer Sicht neu bewerten müsse. Das könnte zu verschiedenen Ergebnissen führen. Wichtig sei aber die Einstellung der Unteren Landschaftsbehörde. Im Übrigen sehe sie keine Möglichkeit, einen rechtssicheren Einwand gegen die Ausweisung eines Windfeldes auf Rosendahler Gebiet mit der Begründung der sich ergebenden Vorbelastung für Billerbeck einzulegen.

Herr Flüchter unterstreicht, dass er prinzipiell für Windkraft sei, allerdings nicht an jedem Ort. Er sehe die Vorbelastung ähnlich kritisch wie Herr Knüwer. Hier werde durch Dritte die Flächennutzungsplanänderung der Stadt Billerbeck beeinflusst. Kritisch sehe er außerdem die Errichtung von Windkraftanlagen im Landschaftsschutzgebiet. Er beantrage, der Unteren Landschaftsbehörde und der Gemeinde Rosendahl die Bedenken der Stadt Billerbeck mitzuteilen.

Herr Becks fragt kritisch nach, warum heute keine Stellungnahme der

Unteren Landschaftsbehörde vorliege.

Frau Besecke weist darauf hin, dass nicht die Stadt Billerbeck, sondern die Gemeinde Rosendahl die planende Kommune sei. Die Gemeinde Rosendahl werde im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde erhalten. Über das Ratsinformationssystem werde diese mit der Einladung zur Sitzung in Rosendahl öffentlich gemacht.

Herr Becks stellt fest, dass er die Meinung der Unteren Landschaftsbehörde für seine Entscheidung benötige und diese wichtige Information heute nicht auf dem Tisch liege.

Herr Schulze Temming erklärt, dass man nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun sollte und die Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde abgewartet werden müsse. Der Billerbecker Rat müsse Herr des Verfahrens bleiben. Bisher gebe es keine Vorbelastung. Außerdem sei der Bereich als Restriktionszone 2 ausgewiesen. Bedenken gegen die Planung sollten aber nicht erhoben werden, zumal es offensichtlich auch keine Belange gebe, die angeführt werden können.

Herr Flüchter stellt die Überlegung an, dass die Stadt Billerbeck auch noch im Offenlegungsverfahren intervenieren könnte.

Herr Knüwer wiederholt, dass die Stadt Billerbeck eine Stellungnahme abgeben sollte, auch wenn diese keine rechtlichen Auswirkungen hätte.

Herr Groll hält es ebenfalls für möglich, in einem späteren Verfahren Einwände geltend zu machen, Es sei doch begründbar, warum sich die Stadt Billerbeck erst zurückhalte und erst nach der Bürgerbefragung Bedenken geltend mache. Wenn jetzt bereits signalisiert werde, dass der Bereich freigehalten werden solle, werde ja bereits ein Zeichen gesetzt.

Frau Besecke merkt an, dass der Gemeinde Rosendahl auch mitgeteilt werden könne, dass man noch Zeit benötige.

Schließlich stellt Herr Dübbelde den Antrag des Herrn Knüwer zur Abstimmung, in einer Stellungnahme darauf hinzuweisen, dass das Windfeld in Rosendahl eine Vorbelastung hervorrufe und dies seitens der Stadt Billerbeck nicht gewünscht werde. Herr Knüwer ergänzt, dass außerdem darauf hingewiesen werden soll, dass es sich um Landschaftsschutzgebiet handele und der Bereich im landschaftsökologischen Fachbeitrag als Restriktionszone 2 ausgewiesen sei.

Der Antrag wird mit **3 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen abgelehnt.**

Dann stellt der Vorsitzende den Antrag des Herrn Flüchter zur Abstimmung, der Unteren Landschaftsbehörde die Bedenken der Stadt Billerbeck mitzuteilen.

Der Antrag wird mit **3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen angenommen.**

Frau Besecke weist darauf hin, dass die Gemeinde Rosendahl auf Antwort warte und ihr mitgeteilt werden könnte, dass die Stadt Billerbeck die Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde abwarten wolle, da diese Auswirkungen auf die eigenen Planungen haben könnte.

Herr Flüchter regt an, das Schreiben an die Untere Landschaftsbehörde in Kopie der Gemeinde Rosendahl zukommen zu lassen.

Daraufhin stellt Herr Dübbelde fest, dass man dem Antrag des Herrn Flüchter gar nicht folgen müsse. Wenn die Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde vorliege, erübrige sich der Antrag.

Frau Besecke schlägt vor, das Schreiben an die Gemeinde Rosendahl parallel zur Unteren Landschaftsbehörde zu schicken.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

2. **Antrag zur Errichtung eines Windparks in Kentrup hier: Durchführung einer Anliegerbefragung**

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Verwaltung und fasst folgenden

Beschluss:

Im Bereich Kentrup werden die betroffenen Eigentümer von Wohngebäuden befragt. Die Befragung wird wie im Bereich Steinfurter Aa durchgeführt und ausgewertet.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Mitteilungen**

3.1. **Terminierung von Sitzungen - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer führt aus, dass demnächst vom Ausschuss und Rat Beschlüsse zum städtebaulichen Leitbild zu fassen seien. Vor der Ausschusssitzung soll eine Ortsbesichtigung in der Innenstadt mit Frau Lohaus stattfinden. Da dieser Punkt sicherlich lange Zeit in Anspruch nehmen, die nächste Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung aber erst für den 20. Juni 2013 terminiert sei und bis dahin sicherlich viele Punkte zur Beratung anstünden, soll in Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden am 25. Juni 2013 eine Sondersitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses eingeschoben werden. Die für den 25. Juni 2013 vorgesehene Gesellschafterversammlung der GIWo werde auf den 11. Juli 2013 verschoben.

3.2. Fehlendes Geländer an der Rampe zum Bioladen in der Langen Straße - Frau Besecke

Zum Hinweis des Herrn Walbaum auf ein fehlendes Geländer an der Rampe im rückwärtigen Bereich des Bioladens teilt Frau Besecke mit, dass nach Problemen nun ein Geländer neu installiert werde.

4. Anfragen

4.1. Beratung über die Änderung des Bebauungsplanes Wüllen - Herr Spengler

Herr Spengler möchte wissen warum heute nicht über die Änderung des Bebauungsplanes Wüllen beraten werde und ob inzwischen mit den Bauherren gesprochen wurde.

Frau Besecke erläutert, dass bzgl. der 8. Änderung des Bebauungsplanes die Planung noch nicht so weit sei. Bzgl. des anderen Punktes, der das Mehrgenerationenhaus betreffe, seien mit dem Architekten und dem Bauherrn Gespräche geführt worden. Der Bauherr sei nicht bereit, von seinen Vorstellungen zur Bauweise abzurücken.

4.2. Ausweisung von Baugrund - Herr Brockamp

Herr Brockamp führt an, dass ursprünglich an der L 577 im Bereich Gantweger Bach ein Regenrückhaltebecken geplant war. Da dieses dort nicht mehr verwirklicht werde, könnte dort doch Bauland ausgewiesen werden.

Frau Besecke erläutert, dass eine Erschließung über die Landstraße oder über das Nachbargrundstück nicht möglich sei. Wenn der Bereich damals überplant worden wäre, hätte außerdem für einen relativ kleinen Bereich eine teure Lärmschutzmaßnahme verwirklicht werden müssen.

Aufgrund weiterer Nachfragen von Herrn Brockamp bietet Frau Besecke ein klärendes Gespräch in der Verwaltung an.

4.3. Wohnmobilstellplatz - Herr Brockamp

Herr Brockamp teilt mit, dass die Elektroanschlüsse am Wohnmobilstellplatz defekt sein sollen.

Herr Mollenhauer berichtet, dass eine neue Säule aufgestellt wurde und die E-Anschlüsse nun funktionierten.

4.4. Bauhoefeinsatz am Helker Berg - Herr Brockamp

Herr Brockamp lobt die gute Arbeit des Bauhofes im Bereich Helker Berg.

4.5. Anliegerbefragung Kentrup - Herr Flüchter

Herr Flüchter weist zur Anliegerbefragung im Bereich Kentrup darauf hin, dass bei der letzten Befragung die Meinung der Bewohner eines Wohnhauses direkt auf der Grenze zwischen Billerbeck und Laer, die aber formal zu Laer gehörten, berücksichtigt wurde.

Frau Besecke teilt mit, dass bei der letzten Befragung die Ergebnisse separat dargestellt wurden.

4.6. Reaktionen auf die Erhöhung der Eintrittspreise des Freibades - Herr Flüchter

Herr Flüchter erkundigt sich, ob es schon Reaktionen auf die Eintrittspreiserhöhungen des Freibades gegeben habe.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass ihm keine Reaktionen bekannt seien.

4.7. Landesmittel für Bürgerradwege - Herr Kösters

Herr Kösters führt an, dass das Land wieder Mittel für die Herstellung von Bürgerradwegen zur Verfügung stelle und fragt nach, ob der Verwaltung die Höhe des für Billerbeck vorgesehenen Betrages bekannt sei.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass ihm noch keine Informationen vorlägen.

4.8. Beschilderung Beerlager Straße - Herr Kösters

Herr Kösters weist auf die unglückliche Beschilderung für stadteinwärts fahrende Radfahrer im Bereich der Baustelle Beerlager Straße hin.

Herr Mollenhauer sagt zu, den Hinweis an den Landesbetrieb weiter zu geben.

4.9. Fehlende Sitzbank am Berkelweg - Herr Spengler

Herr Spengler fragt nach, warum die einst aufgrund eines Defektes abgebaute Bank am Berkelweg zwischen Lindenstraße und der Straße An der Kolvenburg noch nicht wieder aufgestellt wurde.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass der Verein Berkelspaziergang über die Standorte der Bänke entschieden habe und er dort nachfragen müsse.

4.10. Abgängige Bänke am Friedhof - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde weist auf zwei abgängige, damals von den Banken gestiftete Bänke am Friedhof hin und erkundigt sich, ob die Stifter oder die Stadt für die Pflege dieser Bänke zuständig sei.

Wenn die Bänke nicht mehr zu halten seien, würden sie entfernt und ggf. erneuert, so Herr Mollenhauer.

4.11. Zaun am Regenrückhaltebecken neuer Friedhof - Herr Gerding

Herr Gerding erinnert an seine Anfrage, ob bei der Errichtung des Zaunes eine Gefahrenanalyse durchgeführt wurde.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass er die Anfrage an den Abwasserbetrieb weitergeleitet und Herr Hein mitgeteilt hatte, dass es sich um einen Schutzzaun für den Bewuchs handele und der Zaun nicht für die Verkehrssicherheit erforderlich sei. Seines Wissens sei damals auch der Versicherungsverband beteiligt worden.

Entweder müsse dort ein Zaun stehen oder nicht, so Herr Gerding. Es wäre doch einfach, den Zaun zwischen zwei Pfosten wieder herzurichten. Zurzeit biete der defekte Zaun keinen schönen Anblick.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin